



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

06.5328.03

PD/P065328

Basel, 23. Dezember 2009

Regierungsratsbeschluss
vom 22. Dezember 2009

Planungsantrag Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend "Aufführungsräume für die freie Theater-, Tanz- und Musikszene"

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 28. Juni 2007 den nachstehenden Planungsantrag Jürg Stöcklin und Konsorten entgegen dem Antrag des Regierungsrats dem Regierungsrat zur weiteren Bearbeitung überwiesen:

"Von den rund 100 Millionen Franken, die der Kanton BS für Kulturförderung ausgibt, stehen bisher nur ca. 2% für die freie Theater-, Tanz- und Musikszene zur Verfügung. Die jüngsten Diskussionen um die Nutzung der Kaserne Basel haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass es unter den aktuellen finanziellen und räumlichen Voraussetzungen nicht möglich ist, die berechtigten Bedürfnisse der drei Sparten freies Theater, Tanz und Populärmusik befriedigend abzudecken. Vor allem die nicht in ausreichendem Ausmass zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, aber auch begrenzte Betriebsmittel führen zu Konflikten zwischen den Interessen der drei Sparten der freien Theater-, Tanz- und Musikszene. Unter dieser Situation leidet vor allem auch die künstlerische Qualität und Kreativität der freien Szene. Offensichtlich geworden ist auch, dass die zur Zeit der Kaserne Basel zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unzureichend sind, um die Bedürfnisse aller drei Sparten der freien Szene befriedigend abzudecken.

Damit alle Sparten der freien Szene unter angemessenen Voraussetzungen arbeiten können, braucht es in Basel-Stadt zusätzliche Aufführungs- und Proberäume, sowie eine Aufstockung der entsprechenden Betriebsmittel. Eine rasche Verbesserungen der Förderung der freien Szene ist ein dringendes und notwendiges kulturpolitisches Signal, um zu verhindern, dass die Interessen der verschiedenen Sparten der freien Szene gegen einander ausgespielt werden.

Eine prosperierende Entwicklung der freien Theater-, Tanz- und Musikszene setzt voraus, dass die Aufführungsmöglichkeiten im bisherigen Umfang in der Kaserne Basel erhalten bleiben und um geeignete Spiel-, Probe- und Veranstaltungsräume ergänzt werden. Vertiefte Abklärungen müssen aufzeigen, ob dieser zusätzliche Raum bei der Kaserne oder an anderem Ort zur Verfügung gestellt werden kann.

Im Politikplan 2007-2010 werden folgende Ziele in den Sparten Musik und Theater definiert:

„Basel ist ein Musikzentrum von grosser Ausstrahlung und nimmt im Bereich Theater im deutschsprachigen Raum einen Spitzenrang ein.“ Hingegen fehlen im Kapitel „Kulturförderung und -pflege“ (ED/2.4, S. 58) konkrete Vorhaben im Bereich der so genannten „Alternativkultur“, im speziellen zu den Sparten freies Theater, Tanz und Populärmusik. Im Politikplan sind deshalb im entsprechenden Kapitel folgende Ergänzungen anzubringen:

Bereitstellung bis spätestens 2010 von zusätzlichem Raum zur Aufführung von Theater- und Tanz- oder Populärmusikproduktionen (Infrastruktur entsprechend der Reithalle der Kaserne) sowie Einstellung zusätzlicher Mittel ins Budget für die dafür jährlich anfallenden Betriebssubventionen.

Jürg Stöcklin, Martin Lüchinger, Tobit Schäfer, Annemarie von Bidder, Oswald Inglin, Sibel Arslan, Beat Jans, Stephan Maurer, Annemarie Pfister, Tino Krattiger, Urs Müller-Walz, Anita Lachenmeier-Thüring, Christoph Wydler, Gisela Traub, Rolf Häring, Edith Buxtorf-Hosch“

Wir berichten zu diesem Planungsantrag wie folgt:

1. Ausgangslage

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 28. Juni 2007 vom Schreiben 06.5328.02 Kenntnis genommen und – entgegen dem Antrag des Regierungsrats – den Planungsantrag Jürg Stöcklin und Konsorten dem Regierungsrat zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Zu den konkreten Forderungen des Antragsstellers hat der Regierungsrat im erwähnten Schreiben damals wie folgt geantwortet:

Der Planungsauftrag fordert die Bereitstellung bis spätestens 2010 eines zusätzlichen Aufführungsraumes entsprechend der Reithalle der Kaserne Basel und der entsprechenden Betriebsmittel. Auf Grund des geschilderten Sachverhalts beantragt der Regierungsrat die Rückweisung dieses Planungsauftrages. Dies nicht auf Grund der Negierung von bestehenden Defiziten und berechtigten Anliegen der Freien Szene, sondern aus dem Bestreben, realistische und angemessene Lösungen zu finden, und in einer Zeit des Überangebotes nicht eine unverantwortliche Raumkapazitätssteigerung zu unterstützen.

Der Regierungsrat ist aber bereit, das Erziehungsdepartement mit der weiteren sorgfältigen Abklärung des zusätzlichen künftigen Raum- und Mittelbedarfs der Freien Theater- und Tanzszene sowie der Populärmusik zu beauftragen. Dabei ist neben der anerkannten Problematik von Probenraum der Bedarf bezüglich Aufführungsräumen auch unter dem Aspekt bestehender Angebote und vor allem auch unter Berücksichtigung des Publikumsinteresses zu beurteilen. Diese Arbeit steht in engstem Bezug zum Beschluss des Regierungsrates Nr. 07/12/8 vom 17. April 2007, mit welchem das Erziehungsdepartement beauftragt wird, im Rahmen der Entwicklung Kasernenareal *„ein gemeinsames Positionspapier der involvierten Kulturschaffenden auf dem Kasernenareal bezüglich der kulturpolitischen Wünsche, Ansprüche und Vi-*

sionen" zu erarbeiten. In diesem Kontext ist die Raumfrage für kulturelle Nutzung ein wichtiger Punkt.

Der Regierungsrat ist auch bereit, die folgenden Formulierungen hinsichtlich der Aufnahme in den Politikplan 2008 bis 2011 unter Kapitel 2.4 Kulturförderung zu prüfen:

1. unter politische Ziele:

"Die freie Theater- und Tanzszene sowie die Populärmusik werden gezielt gefördert. Diese Bereiche werden von der Kulturförderung der Publikumsnachfrage entsprechend, angemessen und unter Berücksichtigung der allgemein gültigen Kulturförderungskriterien unterstützt."

2. unter Projekte und Vorhaben

"Für die freie Theater- und Tanzszene steht das neue Betriebskonzept der Kaserne unter Einbindung der entsprechenden Szenen sowie einer neuen Leitung ab 2008 im Vordergrund. Für die Populärmusik werden in Zusammenarbeit mit dem Rockförderverein bis Ende 2008 mindestens 10 Proberäume für regionale Bands realisiert. Im Rahmen der Entwicklung Kasernenareal soll eine gemeinsame Position und Vision der Kulturschaffenden formuliert werden."

Punkt 2 wurde im Verlauf des politischen Prozesses wie folgt ergänzt:

Für die freie Theater- und Tanzszene sowie für die Populärmusik werden bis 2012 auf der Grundlage sorgfältiger Bedarfs- Nachfrage- und Synergieabklärungen zusätzliche geeignete Probe- und Aufführungsräume und die dafür notwendigen Betriebsmittel bereitgestellt."

Der Politikplan wird durch den Legislaturplan 2009 bis 2013 ersetzt. Auf Grund der geänderten Systematik finden sich die oben genannten Formulierungen des Politikplans in dieser Form im Legislaturplan nicht wieder.

2. Entwicklungen seit Juni 2007

Der Anteil der staatlichen Kulturfördermittel, der direkt dem freien Kulturschaffen zukommt, beträgt heute rund 6% des Gesamtbudgets. Ob eine Verrechnung mit den Budgets der staatlichen Museen, des Staatsarchivs, der Archäologischen Bodenforschung sowie der Abteilung Kultur inkl. Museumsdienste sinnvoll ist, sei dahin gestellt. Mehr Sinn macht wohl die Relation zu den Subventionen im Bereich Kultur, dort beträgt der Anteil bereits 10%. Auch diese Zahl ist wenig aussagekräftig, da grundsätzlich der Begriff der "Alternativkultur" heute eigentlich überholt ist, es immer mehr Überschneidungen gibt und die bisherige "Alternativkultur" in einigen neuen Szenen sogar bereits schon zur etablierten Kultur gerechnet wird.

Wichtigste Schritte für die freie Theater- Tanz- und Populärmusikszene in den vergangenen zwei Jahren sind sicher einmal das konzeptionelle Grundsatzpapier der Kaserne Basel **"Richtlinien für Programm und Betrieb"**, das seit 2008 als verbindliches Konzept der Kaserne Basel gilt und umgesetzt wird. Das in einem breiten Mitwirkungsverfahren erarbeitete Papier definiert die Kaserne als wichtigsten Spielort für die freie Szene in den drei Bereichen Theater, Tanz und Populärmusik. Die neue Leitung der Kaserne Basel setzt dieses Papier konsequent und erfolgreich um, steht aber aktuell in einer finanziell äusserst schwierigen Situation.

Als zweites ist der Schlussbericht der Arbeitsgruppe **"Entwicklung Kasernenareal – Teilauftrag Kultur"** vom 9. November 2007 zu nennen. In diesem Schlussbericht werden wichtige Anliegen des Anzugsstellers, der selbst Mitglied der breit abgestützten Arbeitsgruppe war, formuliert. Dieser Schlussbericht floss im weiteren in die Arbeit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Entwicklung Kasernenareal I-PEK (Federführung seit 2009 Präsidialdepartement) ein, die dem Regierungsrat Entscheidungsgrundlagen betreffend der Entwicklung des Kasernenareals im Sinne der "Brutstätte" der Studie Martin Heller vorlegen wird. Die im Schlussbericht Kultur geforderte sozio-kulturelle Mischnutzung des Kasernenareals beinhaltet auch die Schaffung von Probe- und anderen Räumlichkeiten für die freie Theater- und Tanzszene. Für den Bereich Probelokale für Populärmusikgruppen verweisen wir auf den Bericht des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibel Arslan und Konsorten.

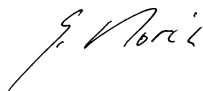
3. Aktuelle Situation

In der derzeitigen Situation liegt der Fokus des Regierungsrats bzw. des Präsidialdepartements und seiner Abteilung Kultur bezüglich der freien Theater- und Tanzszene sowie der Populärmusik ganz klar auf der finanziellen Sanierung der Kaserne Basel. Der Ratschlag, nicht zuletzt basierend auf der unabhängigen Betriebsanalyse der Firma NonproCons AG (vgl. P09.1804.01), zeigt die existentielle Bedeutung der Kaserne Basel für die regionale, aber damit vernetzt auch die nationale und internationale freie Theater- und Tanzszene auf. Ohne die Kaserne gibt es für die freie Szene keine Basis in Basel. Die Aufgaben und die Rolle der Kaserne können durch keine andere Institution oder anderes Haus erfüllt werden. Die Erhöhung der Subvention an die Kaserne Basel, mitgetragen vom Subventionspartner Basel-Landschaft, ist die Grundlage für jede weitere Entwicklung in diesem Bereich. Es wäre unverantwortlich, die Kaserne Basel in dieser Situation mit fraglichen Konkurrenzangeboten zu gefährden. Die grundlegenden Analysen und das Benchmarking der NonproCons AG, sowie die Auslastungszahlen der Kaserne in allen drei Bereichen lassen in keiner Weise den Schluss zu, dass es auf dem Platz Basel ein zweites Haus mit der Infrastruktur (und Grösse) der Reithalle der Kaserne braucht. Berechtigt ist das Anliegen bezüglich Proberäumen. Es ist das erklärte Ziel der Entwicklung Kasernenareal, insbesondere was die Nachnutzung des Hauptbaus und eine neue Nutzung der Turnhalle betrifft, dort zusätzliche Proberäume zu schaffen, die selbstverständlich auch für Studioaufführungen geeignet und mit entsprechender Infrastruktur ausgerüstet sein sollen. Diese Pläne lassen sich aber erst nach dem Auszug der Schulen aus dem Hauptbau, d.h. nach 2012, realisieren.

4. **Antrag**

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Planungsantrag Jürg Stöckli und Konsorten betreffend "Aufführungsräume für die freie Theater- Tanz- und Musikszene" abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin